

**Fahrplan  
für den  
Corona-Winter**

**DIE LINKE.**

# Fahrplan für den Corona-Winter

Zu Beginn der Corona-Krise musste jede Entscheidung unter Zeitdruck getroffen werden. Die Anpassung an die Bedingungen der Pandemie fanden im laufenden Betrieb und mit unvollständigen Informationen statt. Die Krisenbewältigung ähnelte damit in gewissem Sinne einer Operation am offenen Herzen. Umso wichtiger, dass die nun zur Verfügung stehenden Mittel und Informationen optimal für einen vorausschauenden Fahrplan zur Krisenbewältigung genutzt werden.

Doch die Bundesregierung versagt bei dieser vorausschauenden Planung wieder und wieder. Die Bundesregierung wurde vom Pflegenotstand überrascht, von den Reiserückkehrern, vom Schulanfang und jetzt sogar vom Winter.

Gleichzeitig lässt sie kaum ein Bemühen erkennen, die Ärmern zu schützen. Sozialleistungsberechtigte bekommen keine Corona-Unterstützung, Solo-Selbstständige dürfen von Corona-Hilfen nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten und selbst die sich in der Krise für die Allgemeinheit aufopfernden Pflegekräfte werden im Wesentlichen mit Applaus abgespeist. Die Zeit wird knapp, um das Land fit zu machen für die vielen Herausforderungen des Corona-Winters. Dabei muss in vielen Feldern eine doppelte Herausforderung bewältigt werden: Soziale Härten abfedern und soziales Leben ermöglichen.

Wir müssen auch den Blick weiten: über die Landesgrenzen und in die Zukunft. Corona ist eine globale Herausforderung, die den alten Zustand grundlegend erschüttert. Wir können nicht zurück in die Zeit vor Corona und das wollen wir auch nicht. Wir wollen den Blick darauf lenken, was getan werden muss, damit der Kampf gegen Corona global gewonnen werden kann und wie die dazu in Bewegung gesetzten Ressourcen so eingesetzt werden können, dass wir am Ende gestärkt aus der Krise kommen.

## Soziale Härten abfedern

Die Corona-Krise trifft alle, aber besonders diejenigen, die es schon vorher schwer hatten. Die Gemeinschaft muss mit gezielten Hilfen der Verschärfung der bestehenden sozialen Schieflagen entgegenwirken. Zum Beispiel:

### **Solo-Selbstständige und Kleinbetriebe nicht alleine lassen**

Wir brauchen eine Investition in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gerade all jene, die nicht viel auf der hohen Kante haben oder in ihren Jobs auf tägliche Aufträge angewiesen sind, müssen jetzt unter einen solidarischen Rettungsschirm fallen.

In kleinen Betrieben sind die Inhaber:innen ebenso bedroht wie die Angestellten. Die Corona-Krise ist für viele Solo-Selbstständige auch deshalb besonders existenzbedrohend, weil sie keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Finanzielle Hilfe wurde nur zur Finanzierung von laufenden Betriebsausgaben gewährt, nicht aber für die Ausgaben für den eigenen Lebensunterhalt. DIE LINKE will, dass Solo-Selbstständige bei Corona-Hilfen ein fiktives Unternehmergehalt von 1.200 Euro im Monat ansetzen und diesen Betrag für den Lebensunterhalt nutzen dürfen.

## **200 Euro Leistungsbonus für Hartz-IV-Berechtigte**

Schon vor Corona waren die Hartz-IV-Regelsätze zu niedrig. Mit dem Shutdown kam verschärfend hinzu, dass in Folge von Hamsterkäufen die preiswerten Produkte oft vergriffen waren und so manches bisheriges Hilfsangebot nur noch eingeschränkt funktionierte. Hinzu kommen neue Kosten für Desinfektionsmittel und Masken. Um das auszugleichen beantragt DIE LINKE einen Corona-Aufschlag auf alle Sozialleistungen von 200 Euro im Monat. Davon würden auch Aufstockende profitieren, deren Zuverdienste jetzt wegfallen.

Um digitales Lernen, während vorübergehender Quarantäne und als Ergänzung zum Schulunterricht, auch für Familien mit wenig Geld zu ermöglichen, fordern wir einen Zuschuss von 500 Euro über das Bildungs- und Teilhabepaket. Das ist notwendig, denn Schule zu Hause erfordert einen Laptop, um mit den Lehrer:innen zu kommunizieren, einen Internetzugang, einen Drucker, um Arbeitsblätter auszudrucken und natürlich einiges an Software. 25 Prozent der 12-Jährigen in Familien mit Hartz-IV-Bezug haben jedoch überhaupt keinen Zugang zu Computern. Der von der GroKo beschlossene mickrige Zuschuss beseitigt nicht die Bildungsungleichheit.

## **Mehr für Helden: Pflegekräfte, Einzelhandelsbeschäftigte und Paketbot:innen endlich fair bezahlen**

Die Heldinnen und Helden der Krise haben mehr als Applaus verdient. Die Pflegekräfte, Einzelhandelsbeschäftigten und Paketbot:innen haben schon vor der Krise zu wenig verdient. In der Krise wurde zurecht Anerkennung für den Einsatz ausgedrückt, mit dem sie uns durch die Krise bringen. Es ist höchste Zeit, dass sich diese Anerkennung auch materiell in angemessenen Gehältern ausdrückt.

Wir fordern:

- Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, zum Beispiel in der Pflege und im Einzelhandel, auch ohne Zustimmung der Unternehmerverbände.
- Die Auslagerung von Tätigkeiten auf Subunternehmen und Werkverträge muss gesetzlich stark eingeschränkt werden.
- Der Mindestlohn muss auf 13 Euro angehoben werden, damit Beschäftigte später auf eine Rente über Hartz-IV-Niveau kommen.

## **Soziales Leben ermöglichen**

Corona wird uns leider noch eine Weile begleiten. Selbst wenn im Frühjahr 2021 Impfstoffe zugelassen werden, wird es dauern, bis wieder ein Leben ohne Corona-Einschränkungen möglich ist. Damit wir aber nicht bis dahin auf Präsenzunterricht, Kulturveranstaltungen, Besuche bei den Großeltern und weiteres verzichten müssen, sollten wir nach Wegen suchen, wie wir möglichst viel möglichst sicher trotz Corona ermöglichen können. Zum Beispiel:

### **Ein-Euro-Tests können Corona eindämmen helfen**

Inzwischen wurden weltweit neue Testverfahren entwickelt, die eine wichtige Ergänzung zu den bewährten Labortests darstellen können. Vor allem Antigen-basierte Schnelltests können einen wichtigen Beitrag leisten, um das gesellschaftliche Leben auch im Winter aufrechtzuerhalten und die Pandemie dennoch weiter einzudämmen.

Die Bundesregierung muss die Zulassung und Nutzung von günstigen Corona-Schnelltests in Deutschland vorantreiben. Ein-Euro-Corona-Schnelltests können den Anstieg der Infektionszahlen bremsen und soziales Leben in der kalten Jahreszeit erleichtern. Die Bundesregierung muss die Nutzung dieser Tests außerdem wissenschaftlich begleiten, um abschätzen zu können, welche Regeln flankierend nötig sind und wie viel Freiheit damit ermöglicht werden kann.

Man stelle sich das vor: Die Temperaturen fallen, die Menschen treffen sich zunehmend in Innenräumen, wegen der Kälte wird es zunehmend unangenehm, die Fenster so weit aufzureißen wie es nötig ist, um die Aerosolkonzentration auf risikoarmem Niveau zu halten. Und dann stelle man sich vor, bevor die Menschen den Raum betreten, spucken sie auf einen Teststreifen, warten 15 Minuten und zeigen am Eingang das Ergebnis vor. Das lässt sich fast überall machen, ohne Labor, für einen Euro.

Natürlich wird man auch so nicht jedes Risiko vermeiden können, dafür sind die Tests nicht gut genug. Aber sie finden nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ziemlich zuverlässig die Menschen, die gerade besonders ansteckend sind. Und genau die sind es, die über die sogenannten ›Superspreader-Events‹ für den Großteil der Ansteckungen verantwortlich sind. Besonders da, wo viele Menschen getestet werden müssen, ohne dass konkrete Symptome oder belegte Kontakte mit Infizierten vorliegen, können Schnelltests eine gute Ergänzung sein. In Schulen, bei Veranstaltungen und bei Reiserückkehrern können Schnelltests eine Alternative zu Labortests sein.

Dabei muss man auf Tests setzen, die wenig falsch positive Ergebnisse produzieren. Die Infizierten, die durch die Schnelltests nicht erkannt werden, sind in der Regel weniger ansteckend, und wären ohne Schnelltests ohnehin nicht getestet worden. Dennoch ist klar, dass sich niemand wegen einem solchen Schnelltest in falsche Sicherheit wiegen sollte. Wer konkrete Verdachtsmomente hat, braucht natürlich einen Labortest.

Ein-Euro-Corona-Schnelltests können die Labortests zwar nicht ersetzen, sie können aber viel breiter zum Einsatz kommen und helfen, die besonders infektiösen Menschen zu finden, die am wahrscheinlichsten ›Superspreader-Events‹ verursachen können. Die Produktion solcher Tests muss in großem Stil gefördert werden.

Wir brauchen eine integrierte Corona-Strategie, die neben den bewährten Elementen wie Abstand halten, Masken tragen, Contact-Tracing und den langsamen aber zuverlässigen Labortests auch die neuen Entwicklungen aufnimmt.

### **Luftfilter für den Corona-Winter bereitstellen**

Schon im Spätsommer, während man sich noch gut im Freien aufhalten oder zumindest die Fenster öffnen kann, stiegen die Infektionszahlen rasant. Für den Winter, wenn wir auf gut isolierte Innenräume angewiesen sind, müssen wir uns etwas einfallen lassen. Und zwar nicht zu spät, sonst stehen wir dann unvorbereitet da.

Es ist bekannt, dass sich Aerosole in Innenräumen im Laufe der Zeit so verteilen, dass Abstandsregeln unwirksam werden. Der Schulbetrieb in Klassenzimmern mit geschlossenen Fenstern erhöht das Infektionsrisiko enorm. Die Gastronomie würde eine Schließung über die

kalte Jahreszeit hinweg nicht überleben. Für Klassenzimmer im Winter, aber auch für Büros und vor allem in der Gastronomie, müssen deshalb unbedingt Luftfilter zur Verfügung stehen, die Aerosole mit Corona-Viren sicher aus der Luft filtern können. Die Bundesregierung muss dringend die ausreichende Verfügbarkeit von Luftfiltern sicherstellen.

Wir brauchen ein Bundesprogramm zur Bereitstellung von Luftfiltern für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen. Für die Gastronomie, die vielfach bereits um ihre Existenz kämpft, brauchen wir ein Leasing-Programm, damit sich auch kleine Gastwirte Luftfilter leisten können.

Das Leasingprogramm für Luftfilter muss mit einer Verpflichtung einhergehen, in den Geräten Filter ausreichender Qualität zu verwenden, die Filter vorschriftsmäßig zu wechseln und die Filtergeräte passend auf die Raumgrößen abzustimmen.

Die Verwendung von Luftfiltern ändert natürlich nichts daran, dass da, wo Abstände nicht eingehalten werden können, Masken zu empfehlen sind.

### **Ermöglichen statt bestrafen: zum Beispiel mit Masken-Automaten**

Statt über Repression und höhere Strafen zu diskutieren, sollten wir es den Menschen zunächst leicht machen, sich an die Regeln zu halten. Zum Beispiel erst einmal Masken-Automaten an Bahnhaltstellen aufstellen, bevor wir diejenigen bestrafen, die keine tragen. Die Masken müssen dabei für jeden bezahlbar sein, also zu den Centbeträgen abgegeben werden, die sie auch vor der Corona-Krise gekostet haben.

Sonst ist die Gefahr groß, dass von den Strafen nicht zuerst die Rücksichtslosen betroffen sind, sondern beispielsweise die alleinerziehende Mutter, die mit Kind an der Hand zur Bahn gehetzt ist und aus dem Alltagsstress heraus ihre Maske zu Hause vergessen hat. Genauso sollten, so lange das Wetter es zulässt, Veranstaltungskonzepte an der frischen Luft gefördert werden, statt, wie am Anfang der Krise, Parks zu schließen.

### **Kaffee mit Oma? Na klar! Besuchslotsen in Alten- und Pflegeheimen**

Menschen in Alten- und Pflegeheimen haben ein besonders hohes Risiko eines schweren Verlaufes einer Covid-19-Erkrankung. Zusätzlich bedeutet ein Lockdown für viele von Ihnen totale Isolation. Das stellt eine extreme Härte dar.

Wir schlagen dagegen ein Besuchslotsenprogramm vor: »Kaffee mit Oma? Na klar!«. Die Lotsen würden die Einrichtungen, die Familien und die Pflegebedürftigen so betreuen, dass Besuche möglich werden. Die Familien müssten über die besonderen Hygieneanforderungen informiert werden, FFP2-Masken könnten zur Verfügung gestellt werden, Besuche über den Gartenzaun könnten geplant und umgesetzt oder spezielle Räume mit Virenbarrieren eingerichtet werden. Viele Menschen, die jetzt zum Beispiel in Gastronomie und Tourismusbranche nicht arbeiten können, aber auch Menschen aus der Veranstaltungsbranche – kurz Menschen, die gerne mit Menschen zu tun haben, wären für diese Arbeit geeignet. Ebenso Menschen, die bereits eine Ausbildung als Servicehelfer:innen im Gesundheitsbereich absolviert haben. Nach einer kurzen Hygienefortbildung wären sie einsatzbereit.

## Gestärkt aus der Krise kommen

Nach Corona wollen wir weiter sein. Es geht nicht um ein Zurück in die alte Normalität, schließlich basierte die auf der doppelten Ausbeutung von Mensch und Natur. Nehmen wir Corona zum Anlass, um die Hoffnung auf eine bessere Zukunft konkret zu machen. Zum Beispiel:

### **Den Kampf gegen Corona global gewinnen**

Es liegt in der Natur einer Pandemie, dass sie nur dann nachhaltig besiegt werden kann, wenn der Kampf dagegen global geführt wird. Gerade bei einer so hoch ansteckenden Krankheit wie Corona kann jeder Ort, an dem sie schlecht bekämpft wird, zu einem neuen »Wuhan« werden. In einigen Monaten, ein paar Jahren, oder auch in Jahrzehnten, wenn vorübergehende Immunsierungen nachlassen.

Deswegen müssen wir sicherstellen, dass Impfstoffe, sobald sie zur Verfügung stehen, auch weltweit zur Verfügung stehen. Es darf keine Exklusivverträge und hohe finanzielle Hürden geben, die weite Teile der Weltbevölkerung vom Zugang zu Impfstoffen ausschließen. Die Bekämpfung von Krankheiten muss Vorrang haben vor Profitinteressen.

Ein Impfstoff gegen das Coronavirus muss der gesamten Menschheit patentfrei zur Verfügung gestellt werden. Patente auf unentbehrliche Impfstoffe und Medikamente sind in der Konsequenz tödlich, weil sie Gesundheitssysteme in den ärmeren Ländern von der Nutzung ausschließen. Es ist überfällig, das herrschende Patentrecht bei allen unentbehrlichen Medikamenten radikal in Frage zu stellen. Sichere und wirksame, aber vor allem auch preiswerte Medikamente sind wesentlicher Bestandteil einer weltweiten Gesundheitsversorgung. Die Gesundheitsforschung muss weltweit ein öffentliches Gut werden.

Damit die globale Versorgung mit Impfstoffen und Medikamenten sichergestellt werden kann, sollten wir unter anderem die WHO finanziell mit Pflichtbeiträgen der Mitgliedsstaaten auf bessere Füße stellen.

### **Menschen in Not besonders schützen**

Besonders von einer Pandemie gefährdet sind global diejenigen, die schon zuvor unter schlechten Bedingungen lebten. Wanderarbeiter:innen in Sammelunterkünften, Menschen mit Mangelernährung und Geflüchtete in Lagern.

Es ist eine Schande für Europa, dass die »Hotspots« in Griechenland auch Hotspots für Corona-Gefährdung sind. Das Elend in diesen Lagern, das durch die Brände in Moria wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt wurde, muss dringend beendet werden. Nicht nur wegen Corona, aber jetzt umso dringender.

Die Lager müssen so schnell wie möglich aufgelöst, die Menschen EU-weit ordentlich untergebracht werden. So lange die Lager noch bestehen, müssen sie besser ausgestattet werden, um den Geflüchteten ein menschenwürdiges Leben unter guten hygienischen Bedingungen zu ermöglichen.

Die Abschaffung des Hungers, die schon lange möglich ist, muss endlich umgesetzt werden. Das Wort von Jean Ziegler »Jedes Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet« hat nichts von seiner Aktualität verloren. Man muss jetzt aber ergänzen: Auch ein Mensch, der an Corona stirbt, weil sein vom Hunger geschwächter Körper der Krankheit nicht standhalten konnte, wird ermordet.

### **Unternehmenshilfen zum sozial-ökologischen Systemwechsel nutzen**

Schon vor Corona war klar: Wir müssen innerhalb von wenigen Jahren eine klimaneutrale Wirtschaft und Infrastruktur durchsetzen und die Art und Weise, wie wir arbeiten, leben und wirtschaften, radikal verändern. Eine solche Transformation kann nur gelingen, wenn sie sozial gerecht ist. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Mit Investitionen in Pflege, Bildung und soziale Infrastruktur können hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist zudem für alle besser, Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung umzuverteilen, als Menschen in Arbeitslosigkeit zu schicken.

Dazu gehört auch ein Umbau der Wirtschaft hin zu CO<sub>2</sub>-neutraler Produktion und nachhaltigen Konzepten. Die Mobilitätswende muss dabei eine zentrale Rolle spielen, ebenso wie eine Beschleunigung der Energiewende, eine wohnungspolitische Offensive und eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Dazu gehört ein Ausbau der Wirtschaftsdemokratie. Die bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen garantiert und ausgebaut werden.

Die vielen Milliarden, die derzeit für die Stabilisierung der Wirtschaft ausgegeben werden, können genutzt werden, um die Weichen für einen solchen sozial-ökologischen Systemwechsel zu stellen. Dazu müssten die Corona-Hilfen endlich an konkrete Bedingungen wie Beschäftigungssicherung, nachhaltiges Wirtschaften und Ausbau der Mitbestimmung geknüpft werden. Der Staat muss sich außerdem die Möglichkeit vorbehalten, die an gefährdete Unternehmen vergebenen Kredite notfalls in Eigenkapital umzuwandeln und damit Anteile an den Unternehmen zu übernehmen. In der Krise eingeführte Staatsbeteiligungen an Unternehmen sollte der Staat halten und nutzen, um den sozial-ökologischen Umbau der Produktion durchzusetzen.

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon: 030/24009999  
[kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

ViSdP Jörg Schindler  
14. September 2020